



Der Text dieser Satzung ist nach dem aktuellen Stand sorgfältig erstellt; gleichwohl sind Übertragungsfehler nicht ausgeschlossen. Verbindlich ist der amtliche, beim Prüfungsamt oder in der Studienberatung einsehbare, bzw. der offiziell im Amtsblatt des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst veröffentlichte Text oder die im Internet unter

http://www.uni-bayreuth.de/universitaet/leitung_und_organe/Universitaetsverwaltung/abt1/amtliche-bekanntmachungen/index.html

amtlich bekannt gemachte Satzung.

Bitte beachten Sie die Regelungen zum In-Kraft-Treten in der jeweiligen Änderungssatzung!

Prüfungs- und Promotionsordnung
für den Master-/Promotionsstudiengang der Graduate School
„Mittleuropa und angelsächsische Welt - 1300-2000 -
Central Europe and the English-Speaking World“
an der Universität Bayreuth
Vom 20. November 2006
In der Fassung der 2. Änderungssatzung
Vom 20. Mai 2010

Auf Grund von Art. 13 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 2 in Verbindung mit Art. 61 Abs. 2 Satz 1 und Art. 64 Abs. 1 Satz 4 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) erlässt die Universität Bayreuth folgende Satzung¹:

¹ Mit allen Funktionsbezeichnungen sind Frauen und Männer in gleicher Weise gemeint. Eine sprachliche Differenzierung im Wortlaut der einzelnen Regelungen wird nicht vorgenommen.

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Geltungsbereich

Teil I: Prüfungsordnung für das Masterstudium

§ 2 Zweck der Prüfung

§ 3 Zulassung zum Studium, Qualifikation

§ 4 Teilbereiche

§ 5 Regelstudienzeit, Prüfungen, Semesterwochenstunden

§ 6 Prüfungsausschuss

§ 7 Prüfer und Beisitzer

§ 8 Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Verschwiegenheitspflicht

§ 9 Zulassung zur Prüfung

§ 10 Verfahren der Zulassung zur Prüfung

§ 11 Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen

§ 12 Prüfungstermine, Bekanntgabe der Prüfungstermine und der Prüfer

§ 13 Form der Prüfung, Prüfungsbestandteile

§ 14 Formen studienbegleitender Prüfungen

§ 15 Masterarbeit

§ 16 Leistungspunktsystem

§ 17 Berücksichtigung der besonderen Belange Behinderter

§ 18 Prüfungsnoten

§ 19 Prüfungsgesamtnote

§ 20 Bestehen der Prüfung

§ 21 Wiederholung der Prüfung in Teilbereichen

§ 22 Bescheinigung über eine nicht bestandene Prüfung

§ 23 Einsicht in die Prüfungsakten

§ 24 Mängel im Prüfungsverfahren

§ 25 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

§ 26 Ungültigkeit der Prüfung

§ 27 Verleihung des Mastergrades, Zeugnis

Teil II: Promotionsordnung

A. Allgemeines

§ 28 Zweck des Promotionsstudiums

§ 29 Akademischer Grad (Doktorgrad)

§ 30 Qualifikation

§ 31 Promotionsbetreuung

- § 32 Inhalt und Aufbau des Studiums
- § 33 Regelstudienzeit, Studiendauer und Prüfungsfristen
- § 34 Berücksichtigung der besonderen Belange Behinderter
- § 35 Prüfungsorgan
- § 36 Gutachter und Prüfer

B. Prüfung

- § 37 Antrag auf Zulassung zur Promotionsprüfung
- § 38 Entscheidung über die Zulassung zur Promotionsprüfung
- § 39 Dissertation
- § 40 Beurteilung der Dissertation
- § 41 Die mündliche Prüfung (Disputation)
- § 42 Bewertung der Promotionsleistungen, Gesamtprädikat
- § 43 Akteneinsicht
- § 44 Ungültigkeit
- § 45 Vervielfältigung der Dissertation und Ablieferung der Pflichtexemplare
- § 46 Urkunde und Vollzug der Promotion
- § 47 Ehrenpromotion
- § 48 In-Kraft-Treten

Anhang: Modulübersicht

§ 1 Geltungsbereich

Die Prüfungs- und Promotionsordnung regelt die Prüfungen in der Graduate School "Mitteleuropa und angelsächsische Welt - 1300-2000 - Central Europe and the English-Speaking World" für den Masterstudiengang mit dem Abschluss eines Master of Arts sowie für den Promotionsstudiengang mit dem Abschluss eines Doktors der Philosophie.

Teil I: Prüfungsordnung für das Masterstudium

§ 2 Zweck der Prüfung

¹Das Masterstudium „Mitteleuropa und angelsächsische Welt - 1300-2000 - Central Europe and the English-Speaking World“ zielt auf den Erwerb vertiefter historisch-kulturwissenschaftlicher Sach- und Methodenkenntnisse, die selbständige, interdisziplinär orientierte Forschung ebenso wie anspruchsvolle wissenschaftsaffine Berufstätigkeiten ermöglichen. ²In der Masterprüfung wird dementsprechend festgestellt, ob der Kandidat profunde Fachkenntnisse in den beteiligten Disziplinen und den dazugehörigen Teilbereichen erworben hat und über die für selbständige wissenschaftliche und wissenschaftsaffine Arbeit erforderlichen, entwickelten theoretischen und praktischen Schlüsselkompetenzen, vor allem in den Bereichen historisch-kulturwissenschaftliche Methodik, Quellenkompetenz, Recherchekompetenz und Wissenschaftstheorie, verfügt. ³Auf Grund der bestandenen Prüfung verleiht die Universität durch die Kulturwissenschaftliche Fakultät den akademischen Grad eines Master of Arts (abgekürzt: M.A.).

§ 3 Zulassung zum Studium, Qualifikation

- (1) Voraussetzungen für die Zulassung zum Masterstudium „Mitteleuropa und angelsächsische Welt - 1300-2000 - Central Europe and the English-Speaking World“ sind:
1. Die allgemeine Hochschulreife oder einschlägige fachgebundene Hochschulreife gemäß der Verordnung über die Qualifikation für ein Studium an den Hochschulen des Freistaates Bayern und den staatlich anerkannten nichtstaatlichen Hochschulen in der jeweils geltenden Fassung oder eine äquivalente ausländische Hochschulzugangsberechtigung.

2. Eine Bachelor-, Master-, Magister-, Diplomprüfung, ein Staatsexamen oder eine gleichwertige Abschlussprüfung an einer wissenschaftlichen Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland oder ein gleichwertiger Abschluss an einer ausländischen wissenschaftlichen Hochschule in einem geistes-, staats- oder wirtschaftswissenschaftlich orientierten Studiengang mit mindestens der Note 2,8..
 3. Wurden bei einem Studienabschluss Studien- und Prüfungsleistungen erbracht, die nach Inhalt und Umfang über die Anforderungen des Bachelorstudienganges "Europäische Geschichte" der Universität Bayreuth hinausgehen und bereits Anforderungen des Masterstudiums "Mitteleuropa und angelsächsische Welt - 1300-2000 - Central Europe and the English-Speaking World" entsprechen, dann werden diese Studien- und Prüfungsleistungen in den Grenzen des § 11 dieser Ordnung angerechnet.
 4. Zu den Zulassungsvoraussetzungen gehören ferner hinreichende Sprachkenntnisse in Deutsch, Englisch, Französisch und Latein. Über die Anerkennung von Sprachnachweisen entscheidet der Ausschuss für die Durchführung des Eignungsfeststellungsverfahrens für das Masterstudium. Können zu Beginn des Studiums in einer oder zwei der genannten Sprachen keine hinreichenden Sprachkenntnisse nachgewiesen werden, so kann auf Antrag der nachträgliche Nachweis bis zum Beginn des vierten Fachstudiensemesters gewährt werden. Über den Antrag entscheidet der Ausschuss für die Durchführung des Eignungsfeststellungsverfahrens für das Masterstudium.
 5. Zulassungsvoraussetzung ist schließlich die erfolgreiche Absolvierung des Eignungsfeststellungsverfahrens gemäß der Satzung über die Eignungsfeststellung für den Master-/Promotionsstudiengang im Rahmen der Graduate School "Mitteleuropa und angelsächsische Welt - 1300-2000 - Central Europe and the English-Speaking World" an der Universität Bayreuth in der jeweils geltenden Fassung.
- (2) ¹Wenn das Bachelorzeugnis noch nicht vorliegt, muss eine Bestätigung mit Einzelnoten über alle bis zum Anmeldestermin erbrachten Prüfungs- und Studienleistungen vorgelegt werden. ²Diese Studienleistungen müssen einen Gesamtumfang von mindestens 150 ECTS-Punkten umfassen, und der entsprechend der Gesamtnotenberechnung gewichtete Durchschnitt der endnotenrelevanten Leistungen muss mindestens der Note 2,8 entsprechen. ³Das Bachelorzeugnis mit mindestens der Note 2,8 ist bis zum Ende des ersten Semesters nachzureichen.

§ 4 **Teilbereiche**

- (1) Das Masterstudium „Mitteleuropa und angelsächsische Welt - 1300-2000 - Central Europe and the English-Speaking World“ ist modular gegliedert und besteht aus sechs Teilbereichen: Schwerpunktbereich I: Geschichte (G 1-11); Schwerpunktbereich II: Literaturen und Regionen (L 1-3); Masterarbeit (M 1); Ergänzungsbereich I: Allgemeiner Studienbereich (A 1-4); Ergänzungsbereich II: Berufsqualifizierung/Workshop (B 1); Ergänzungsbereich III: Tagung/Summer School (T 1-2).

- (2) ¹Im Schwerpunktbereich I: Geschichte ist der Besuch dreier Hauptseminare, eines Methodenseminars, von vier Fachkolloquia und von drei Quellenübersetzungskursen verbindlich.

²Die Hauptseminare sind so zu wählen, dass mindestens zwei der im folgenden näher bezeichneten Zeiträume und mindestens zwei der im folgenden genannten Themenfelder berücksichtigt sind:

- Zeiträume:
1. bis 1600;
 2. 1600-1850;
 3. 1850 bis heute.

- Themenfelder:
1. Beziehungen;
 2. Kulturtransfer;
 3. Perzeption;
 4. Vergleich.

³Die Quellenübersetzungskurse sind so zu wählen, dass alle drei genannten Zeiträume vertreten sind.

- (3) Im Schwerpunktbereich II: Literaturen und Regionen sind drei Übungen zu absolvieren; diese sind so zu wählen, dass zwei der unter Abs. 2 genannten Themenfelder und alle drei nachfolgend aufgeführten Teilfachgruppen berücksichtigt sind:

1. Ältere Germanistik, Neuere deutsche Literaturwissenschaft;
2. Amerikanistik, Anglistik;
3. Soziologische Amerikaforschung, Geschichte Afrikas, Romanistik.

- (4) ¹Im Ergänzungsbereich I: Allgemeiner Studienbereich sind je ein transdisziplinäres Modul „Allgemeine Wissenschaftslehre“ und „Soziale, politische, ökonomische Ordnungen“ sowie zwei Fremdsprachenmodule zu besuchen. ²Als Fremdsprachenmodule können je nach Vorkenntnissen und Schulungsbedarf Sprachkurse oder zur Vertiefung Quellenübersetzungskurse gewählt werden.

- (5) Im Ergänzungsbereich II: Berufsqualifizierung/Workshop ist als berufsqualifizierendes Modul ein Workshop (alternativ: „Wissenschaft organisieren“; „Wissenschaft präsentieren“; „Wissenschaft lektorieren“) oder ein fachlich einschlägiges, vierwöchiges Praktikum im englischsprachigen Ausland zu absolvieren.

- (6) Im Ergänzungsbereich III: Tagung/Summer School sind der Besuch einer fachlich einschlägigen wissenschaftlichen Konferenz oder einer fachlich einschlägigen Summer School verbindlich.
- (7) Einzelheiten zu Zahl und Umfang der Veranstaltungen und der entsprechenden Leistungspunkte ergeben sich aus dem Anhang und aus dem Modulhandbuch.

§ 5

Regelstudienzeit, Prüfungen, Semesterwochenstunden

- (1) ¹Das Studium ist als Vollzeit- und Teilzeitstudium möglich. ²Im Vollzeitstudium beträgt die Studienzeit einschließlich der Masterarbeit und der Prüfungszeiten vier Semester (Regelstudienzeit). ³Im Teilzeitstudium beträgt die Regelstudienzeit acht Semester. ⁴Ein Wechsel von einem Vollzeitstudium in ein Teilzeitstudium beziehungsweise von einem Teilzeitstudium in ein Vollzeitstudium ist nur innerhalb der Immatrikulationsfristen zum neuen Semester möglich..
- (2) Mit Ausnahme der Masterarbeit werden alle Teilprüfungen studienbegleitend absolviert.
- (3) ¹Der Gesamtumfang der für den erfolgreichen Abschluss des Studiums erforderlichen Lehrveranstaltungen beträgt 120 (siehe Anhang).
- (4) Das Studium kann zu jedem Semester aufgenommen werden; aufgrund der Studienorganisation wird der Beginn im Wintersemester empfohlen.

§ 6

Prüfungsausschuss

- (1) ¹Der Fachbereichsrat der Kulturwissenschaftlichen Fakultät bestellt den Prüfungsausschuss der Graduate School (Prüfungsausschuss). ²Ihm gehören vier Professoren (Art. 2 Abs. 1 Nr. 1 Bayerisches Hochschulpersonalgesetz) als Mitglieder an, von denen zwei Fachvertreter historischer Fächer sind; für jedes Ausschussmitglied wird ein Ersatzmitglied bestellt. ³Die Amtszeit des Prüfungsausschusses beträgt fünf Jahre. ⁴Der Prüfungsausschuss wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. ⁵Der Prüfungsausschuss trifft die erforderlichen Entscheidungen im Zusammenhang mit der Zulassung zum Masterstudium (siehe § 3) sowie für die organisatorische Durchführung der Prüfungen im Masterstudium.

- (2) ¹Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn nach schriftlicher Ladung aller Mitglieder unter Einhaltung einer mindestens dreitägigen Ladungsfrist die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. ²Er beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen in Sitzungen. ³Stimmenthaltungen, geheime Abstimmung und Stimmrechtsübertragung sind nicht zulässig. ⁴Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.
- (3) ¹Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses achtet darauf, dass die Bestimmungen dieser Prüfungsordnung eingehalten werden. ²Er lädt zu den Sitzungen des Prüfungsausschusses ein und führt den Vorsitz bei allen Beratungen und Beschlussfassungen des Prüfungsausschusses. ³Er ist befugt, anstelle des Prüfungsausschusses unaufschiebbare Entscheidungen allein zu treffen. ⁴Hiervon hat er den übrigen Mitgliedern des Prüfungsausschusses unverzüglich, spätestens bei der nächsten Sitzung Kenntnis zu geben. ⁵Darüber hinaus kann der Prüfungsausschuss, soweit diese Prüfungsordnung nichts anderes bestimmt, dem Vorsitzenden die Erledigung einzelner, dem Prüfungsausschuss obliegender Aufgaben widerruflich übertragen.
- (4) ¹Der Prüfungsausschuss beruft das Kollegium der Graduate School. ²Ihm gehören alle an der Graduate School beteiligten Hochschullehrer an. ³Ihm obliegt die Verantwortung für Forschung und Lehre der Graduate School. ⁴Ihm können auch entpflichtete oder pensionierte Professoren angehören.
- (5) Der Prüfungsausschuss berichtet regelmäßig dem Fachbereichsrat über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten und gibt Anregungen zur Reform der Studien- und der Prüfungsordnung.
- (6) ¹Der Prüfungsausschuss erlässt die nach dieser Prüfungsordnung erforderlichen Bescheide schriftlich mit Begründung und Rechtsbehelfsbelehrung. ²Widerspruchsbescheide werden vom Präsidenten im Benehmen mit dem Prüfungsausschuss erlassen.
- (7) Das Prüfungsamt unterstützt den Prüfungsausschuss bei der Organisation und Abwicklung der Prüfungen.

§ 7

Prüfer und Beisitzer

- (1) ¹Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüfer. ²Diese stellen die Prüfungsaufgaben und bewerten die Prüfungsleistungen. ³Die von den Prüfern herangezogenen Beisitzer gelten ebenfalls als durch den Prüfungsausschuss bestellt.
- (2) ¹Prüfer können alle nach dem Bayerischen Hochschulgesetz sowie nach der Hochschulprüfer-Verordnung (HSchPrüferV) in der jeweils geltenden Fassung zur Abnahme

von Hochschulprüfungen Befugte werden. ²Als Beisitzer kann jedes Mitglied der Universität Bayreuth herangezogen werden, das einen entsprechenden oder vergleichbaren wissenschaftlichen Studiengang erfolgreich abgeschlossen hat.

- (3) ¹Scheidet ein prüfungsberechtigtes Hochschulmitglied aus der Universität Bayreuth aus, so kann der Prüfungsausschuss auf seinen Antrag hin beschließen, dass er noch eine angemessene Zeit als Prüfer tätig ist. ²In der Regel soll die Prüfungsberechtigung bis zu drei Jahren erhalten bleiben.

§ 8

Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Verschwiegenheitspflicht

- (1) Der Ausschluss von der Beratung und Abstimmung im Prüfungsausschuss sowie von einer Prüfungstätigkeit wegen persönlicher Beteiligung bestimmt sich nach Art. 41 Abs. 2 BayHSchG.
- (2) Die Pflicht der Mitglieder des Prüfungsausschusses, der Prüfer, der Prüfungsbeisitzer und sonstiger mit Prüfungsangelegenheiten befasster Personen zur Verschwiegenheit bestimmt sich nach Art. 18 Abs. 3 BayHSchG.

§ 9

Zulassung zur Prüfung

- (1) Voraussetzungen für die Zulassung zur Prüfung sind:
1. Die allgemeine Hochschulreife oder einschlägige fachgebundene Hochschulreife gemäß der Verordnung über die Qualifikation für ein Studium an den Hochschulen des Freistaates Bayern und den staatlich anerkannten nichtstaatlichen Hochschulen in der jeweils geltenden Fassung oder eine äquivalente ausländische Hochschulzugangsberechtigung;
 2. die Einschreibung als Studierender der Universität Bayreuth im Masterstudiengang der Graduate School "Mitteleuropa und angelsächsische Welt - 1300-2000 - Central Europe and the English-Speaking World".
- (2) Zur Masterprüfung wird nicht zugelassen, wer diese oder eine gleichartige Prüfung an einer anderen Hochschule oder in einem verwandten Studiengang bereits endgültig nicht bestanden hat oder unter Verlust des Prüfungsanspruches im gleichen Studiengang exmatrikuliert worden ist.

§ 10

Verfahren der Zulassung zur Prüfung

¹Mit der Einschreibung in den Masterstudiengang der Graduate School "Mitteleuropa und angelsächsische Welt - 1300-2000 - Central Europe and the English-Speaking World" gilt der Studierende als zur Prüfung zugelassen, es sei denn, es stehen Versagungsgründe nach § 9 Abs. 2 entgegen; in diesem Fall erhält der Studierende einen ablehnenden Bescheid (§ 6 Abs. 6 Satz 1). ²Anträge gemäß § 11 und 17 sind, soweit Gründe dafür gegeben sind, möglichst unverzüglich nach der Immatrikulation beim Prüfungsausschuss einzureichen .

§ 11

Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen

- (1) ¹Studienzeiten in anderen Studiengängen an der Universität Bayreuth oder an anderen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland sowie dabei erbrachte Studien- und Prüfungsleistungen werden bis zu einer Höhe von 20 Leistungspunkten angerechnet, es sei denn, dass diese nicht fachlich gleichwertig sind. ²Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen sind gleichwertig, wenn sie in Inhalt, Umfang und in den Anforderungen denjenigen des Masterstudiums der Graduate School "Mitteleuropa und angelsächsische Welt - 1300-2000 - Central Europe and the English-Speaking World" im wesentlichen entsprechen. ³Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen.
- (2) ¹Studien- und Prüfungsleistungen, die an ausländischen Hochschulen erbracht worden sind, werden auf Antrag in der Regel bis zu einer Höhe von 60 Leistungspunkten anerkannt, außer sie sind nicht gleichwertig. ²Für die Feststellung der Gleichwertigkeit von Studienzeiten und Studienleistungen an ausländischen Hochschulen gilt § 11 Abs. 1 Sätze 2 und 3 entsprechend. ³Wird die Anerkennung der Studien- und Prüfungsleistungen versagt, kann der Betroffene eine Überprüfung der Entscheidung durch das Leitungsgremium beantragen. ⁴Das Leitungsgremium gibt der gemäß Abs. 4 Satz 1 zur Entscheidung befugten Stelle eine Empfehlung für die weitere Behandlung des Antrags.
- (3) ¹Werden Studien- und Prüfungsleistungen angerechnet, sind die Noten - soweit die Notensysteme vergleichbar sind - zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. ²Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk "bestanden" aufgenommen. ³Eine Kennzeichnung der Anrechnung im Zeugnis ist zulässig.

- (4) ¹Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Anrechnung entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses im Einvernehmen mit dem zuständigen Fachvertreter. ²Bei Vorliegen der Voraussetzungen der Abs. 1 und 2 besteht ein Rechtsanspruch auf Anrechnung.

§ 12

Prüfungstermine, Bekanntgabe der Prüfungstermine und der Prüfer

- (1) ¹Klausuren und mündliche Prüfungen werden einmal pro Semester abgehalten. ²Die Prüfungszeiträume beginnen in der Regel jeweils eine Woche vor Ende der Vorlesungszeit und sollen in der Regel vier Wochen nicht überschreiten; sie werden vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses bekannt gegeben. ³Eine Nachtermin kann zum nächsten regulären Prüfungstermin festgelegt werden.
- (2) ¹Der Kandidat soll sich in der Regel den studienbegleitenden Prüfungen in dem Semester unterziehen, in dem er die letzte Lehrveranstaltung eines Moduls besucht hat. ²Über Ausnahmen entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses auf Antrag.
- (3) ¹Die veranstaltungsbezogenen Prüfungstermine werden durch den jeweiligen Prüfer zu Beginn der Lehrveranstaltung festgelegt und durch Aushang bekannt gegeben. ²Ein kurzfristiger Wechsel des Prüfers ist nur aus zwingenden Gründen zulässig.
- (4) Eine Anmeldung zu den einzelnen Teilprüfungen ist jeweils innerhalb der durch Anschlag bekannt gegebenen Frist nach dem vom Prüfungsausschuss festgelegten Verfahren vorzunehmen.
- (5) ¹Meldet sich ein Kandidat aus von ihm zu vertretenden Gründen nicht so rechtzeitig ordnungsgemäß zu den Teilprüfungen, dass er alle Prüfungsbestandteile zu den regulären Prüfungsterminen bis zum Ende des sechsten Semesters (im Teilzeitstudium: bis zum Ende des zwölften Semesters) ablegen kann, oder legt er eine Teilprüfung, zu der er sich gemeldet hat, nicht ab, so gelten die nicht fristgerecht abgelegten Teilprüfungen als abgelegt und erstmals nicht bestanden, es sei denn, der Studierende hat die Gründe für die nicht rechtzeitige Anmeldung bzw. für das Versäumnis nicht zu vertreten. ²Geringfügige Überschreitungen der genannten Frist, die sich aus dem Ablauf des Prüfungsverfahrens ergeben, sind zulässig.
- (6) ¹Auf Antrag ist bei Fristen und Terminen die Inanspruchnahme der Schutzfristen des § 3 Abs. 2 und § 6 Abs. 1 des Mutterschutzgesetzes sowie der Fristen für die Gewährung von Erziehungsurlaub nach Art. 88 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Bayerisches Beamtengegesetz, §§ 12 bis 15 der Urlaubsverordnung zu gewährleisten. ²Die entsprechenden Nachweise sind zu führen; Änderungen in den Voraussetzungen sind unverzüglich mitzuteilen.

- (7) ¹Auf die Prüfungsfristen werden auf Antrag Studienzeiten nicht angerechnet, in denen das Studium aus wichtigem Grund nicht und/oder nur sehr eingeschränkt möglich ist. ²Wichtige Gründe sind insbesondere Krankheit oder die häusliche Pflege schwer erkrankter Angehöriger. ³Die entsprechenden Nachweise sind zu führen, insbesondere sind ärztliche Atteste vorzulegen. ⁴Änderungen in den Voraussetzungen sind unverzüglich mitzuteilen. ⁵Studienbegleitende Teilprüfungen dürfen höchstens um ein Semester verschoben werden. ⁶Die Masterprüfung ist spätestens bis zum Ende des sechsten Semesters abzulegen. ⁷Beurlaubungen nach Art. 48 Abs. 2 bis 4 BayHSchG sind, sofern sie aus den gleichen Gründen erfolgt sind, entsprechend zu berücksichtigen.

Form der Prüfung, Prüfungsbestandteile

- (1) ¹Die Masterprüfung wird mit Ausnahme der Masterarbeit in Form studienbegleitender Prüfungen zu Lehrveranstaltungen des Masterstudiums durchgeführt. ²Der Anhang zu dieser Prüfungsordnung gibt im einzelnen an, welche studienbegleitenden Teilprüfungen abzulegen sind.
- (2) ¹Die studienbegleitenden Teilprüfungen beziehen sich, soweit nichts anderes festgelegt ist, jeweils auf die Inhalte der zugehörigen Lehrveranstaltungen. ²Sofern vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses nichts anderes bestimmt wird, ist der zuständige Dozent auch der Prüfer. ³Gehört der Dozent nicht zum Kreis der Prüfungsberechtigten gemäß § 7 Abs. 2, so benennt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses zu Beginn des jeweiligen Semesters einen Prüfer.

§ 14

Formen studienbegleitender Prüfungen

- (1) Studienbegleitende Prüfungen werden in Form von Klausuren, mündlichen Prüfungen, durch mündlichen Vortrag bzw. durch das Anfertigen von Studienarbeiten abgelegt.
- (2) ¹Klausuren werden wenigstens zweistündig und höchstens vierstündig durchgeführt. ²Sie beziehen sich auf den Inhalt der zugehörigen Lehrveranstaltungen. ³Die zulässigen Hilfsmittel bestimmt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses im Benehmen mit den Prüfern. ⁴Über die Prüfung ist ein Protokoll anzufertigen. ⁵Der Aufsichtsführende hat die Richtigkeit durch Unterschrift zu bestätigen. ⁶In das Protokoll sind alle Vorkommnisse einzutragen, welche für die Feststellung der Prüfungsergebnisse von Belang sein können.

- (3) ¹Erscheint ein Kandidat verspätet zur Prüfung, so kann er die versäumte Zeit nicht nachholen. ²Das Verlassen des Prüfungsraums ist mit Erlaubnis der Aufsichtsführenden zulässig. ³Uhrzeit und Dauer der Abwesenheit sind auf der Prüfungsarbeit zu vermerken.
- (4) ¹Die Bewertung der Klausuren erfolgt in der Regel jeweils durch zwei Prüfer, die vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses bestellt werden. ²Von einer Bewertung durch einen Zweitprüfer kann abgesehen werden, wenn ein solcher nicht zur Verfügung steht oder wenn durch seine Bestellung der Ablauf der Prüfung in unvertretbarer Weise verzögert wird. ³Wird die Klausur mit "nicht ausreichend" bewertet, so ist sie von einem zweiten Prüfer zu beurteilen. ⁴Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen gemäß § 18 werden von dem jeweiligen Prüfer festgesetzt. ⁵Bei unterschiedlicher Beurteilung von zwei oder im Falle des Satzes 7 von mehreren Prüfern ergibt sich die Note aus dem Durchschnitt der erteilten Bewertungen; dabei wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. ⁶Die Beurteilung soll spätestens vier Wochen nach Anfertigung der jeweiligen Klausur vorliegen. ⁷In besonderen Fällen kann der Prüfungsausschuss einen weiteren Prüfer heranziehen.
- (5) ¹Die Klausurnoten werden spätestens vier Wochen nach Festsetzung der Noten durch Aushang zusammen mit einem Hinweis auf die Regelung zur Wiederholung von Teilprüfungen (§ 21) bekannt gegeben. ²Eine Zustellung von Einzelbescheiden erfolgt nicht.
- (6) ¹Die mündliche Prüfung wird von zwei Prüfern oder von einem Prüfer unter Heranziehung eines Beisitzers in deutscher oder auf Wunsch des Kandidaten und in Absprache mit den jeweiligen Prüfern in englischer Sprache durchgeführt. ²Im Falle einer mündlichen Prüfung soll die Prüfungsdauer für eine Teilprüfung je nach Anforderung der zugehörigen Lehrveranstaltung zwischen 20 und 40 Minuten betragen. ³Ein Prüfer oder der Beisitzer fertigt über die mündliche Prüfung ein Protokoll an, in das aufzunehmen sind: Ort und Zeit sowie Zeitdauer der Prüfung, Gegenstände und Ergebnis der Prüfung, die Namen der Prüfer oder des Prüfers und des Beisitzers, des Kandidaten sowie besondere Vorkommnisse. ⁴Das Protokoll ist von den Prüfern oder vom Prüfer und dem Beisitzer zu unterschreiben. ⁵Die Noten für die mündlichen Prüfungen werden von den Prüfern oder vom Prüfer gemäß § 18 festgesetzt.
- (7) ¹Bei der mündlichen Prüfung werden vorzugsweise die Studierenden, die sich innerhalb der nächsten zwei Semester der gleichen Prüfung unterziehen wollen, im Rahmen der räumlichen Möglichkeiten als Zuhörer zugelassen. ²Auf Antrag des Kandidaten werden Zuhörer ausgeschlossen. ³Die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses erfolgen unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

- (8) ¹Hausarbeiten werden im Rahmen eines Hauptseminars verfasst und sind bis zum Ende des Semesters fertig zu stellen. ²Das Thema wird vom zuständigen Prüfer gestellt und muss so beschaffen sein, dass es innerhalb dieser Frist bearbeitet werden kann. ³Es sind zwei Exemplare der Hausarbeit einzureichen. ⁴Weist der Kandidat durch ärztliches Zeugnis nach, dass er durch Krankheit an der Bearbeitung gehindert ist, ruht die Bearbeitungsfrist. ⁵Wird die Arbeit nicht fristgerecht abgegeben, so wird sie mit "nicht ausreichend" bewertet. ⁶Der Prüfer setzt die Note gemäß § 18 fest. ⁷Ein korrigiertes Exemplar der jeweiligen Hausarbeit verbleibt bei den Prüfungsakten.

§ 15

Masterarbeit

- (1) In der Masterarbeit soll der Kandidat zeigen, dass er einen historischen Gegenstand selbständig mit wissenschaftlichen Methoden bearbeiten und in angemessener Weise sprachlich darstellen kann.
- (2) Zu Beginn der Abfassung der Masterarbeit sollen alle Veranstaltungen des Masterstudiums mit Ausnahme der Module G 8 und G 11 besucht sein.
- (3) Der Kandidat kann einen Professor oder habilitierten Fachvertreter, der zum Prüfer im Masterstudium der Graduate School „Mitteleuropa und angelsächsische Welt - 1300-2000 - Central Europe and the English-Speaking World“ bestellt ist, als Prüfer vorschlagen.
- (4) ¹Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestimmt möglichst unter Berücksichtigung des Kandidatenwunsches einen Prüfer zum Betreuer und Gutachter. ²Die Ausgabe des Themas der Masterarbeit erfolgt am Ende des dritten Semesters durch einen gemäß § 7 Abs. 2 prüfungsberechtigten Hochschullehrer über den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses. ³Der Ausgabetag ist aktenkundig zu machen.
- (5) ¹Die Zeit von der Vergabe des Themas bis zur Einhändigung der Masterarbeit darf sechs Monate nicht überschreiten. ²In begründeten Ausnahmefällen kann der Vorsitzende des Prüfungsausschusses auf Antrag des Kandidaten nach Anhörung des Prüfers diese Frist um höchstens vier Wochen verlängern. ³Weist der Kandidat durch ärztliches Zeugnis nach, dass er durch Krankheit an der Bearbeitung gehindert ist, ruht die Bearbeitungsfrist für den Zeitraum der Verhinderung. ⁴Eine nicht fristgerecht abgegebene Arbeit gilt als mit „nicht ausreichend“ bewertet.
- (6) ¹Die Masterarbeit ist in deutscher oder englischer Sprache abzufassen. ²Sie soll den Umfang von 15 000 Wörtern (ca. 35 DIN A 4-Seiten) nicht unterschreiten und darf den Umfang von 30 000 Wörtern (ca. 70 DIN A 4-Seiten) nicht überschreiten. ³Die Masterarbeit enthält am Ende einen vom Kandidaten unterschriebenen Lebenslauf sowie die Erklärung des Kandidaten, dass er die Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die von ihm angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und die Arbeit nicht bereits an einer anderen Hochschule zur Erlangung eines akademischen Grades eingereicht hat.
- (7) ¹Der Kandidat hat das Recht, innerhalb der ersten zwei Wochen das Thema einmal unter Angabe triftiger Gründe mit Einwilligung des Prüfungsausschusses zurückzugeben. ²Eine Stellungnahme des Betreuers ist vorzulegen. ³Für die Zuteilung und Bearbeitung eines neuen Themas gelten die Abs. 1 bis 5 entsprechend.

- (8) ¹Die Masterarbeit ist in drei Exemplaren fristgemäß beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder seinem Stellvertreter einzureichen. ²Der Abgabetermin ist aktenkundig zu machen.
- (9) Die Arbeit ist für einen Zeitraum von sieben Tagen zur Einsichtnahme durch die zu Prüfern im Masterstudium der Graduate School "Mitteleuropa und angelsächsische Welt - 1300-2000 - Central Europe and the English-Speaking World" bestellten Hochschullehrer auszulegen.
- (10) ¹Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses reicht die Arbeit an den beauftragten Gutachter weiter und bestimmt einen weiteren Gutachter aus dem Kreis der Prüfer nach § 7. ²Die Gutachten sollen spätestens zwei Monate nach Eingang der Arbeit vorliegen. ³Jeder Gutachter empfiehlt dem Prüfungsausschuss die Annahme oder Ablehnung der Arbeit und setzt zugleich eine der in § 18 aufgeführten Noten fest. ⁴Der Prüfungsausschuss kann in besonderen Fällen einen weiteren Gutachter heranziehen, insbesondere dann, wenn die unterschiedlichen Benotungen um mehr als eine Note voneinander abweichen.
- (11) ¹Bei unterschiedlicher Beurteilung sollen sich die Prüfer auf eine Note einigen. ²Gelingt dies nicht, so werden die Noten gemittelt und gehen in dieser Form in die Berechnung der Prüfungsnote ein. ³In diesem Fall wird die Note der Masterarbeit aus dem arithmetischen Mittel der Bewertungen gebildet. ⁴Dabei wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. ⁵Wird die Masterarbeit mit "nicht ausreichend" bewertet, so gilt die Masterprüfung als nicht bestanden.
- (12) ¹Bei Bewertung der Masterarbeit mit "nicht ausreichend" teilt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses oder sein Stellvertreter dem Kandidaten dies mit. ²Eine Masterarbeit mit demselben Thema kann nicht noch einmal eingereicht werden.
- (13) Ein Exemplar der Masterarbeit verbleibt bei den Prüfungsakten.

§ 16

Leistungspunktsystem

- (1) ¹Für jeden zur Prüfung zugelassenen Kandidaten wird ein Konto "Leistungspunkte" für die erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen beim Prüfungsamt eingerichtet. ²Die jeweiligen Leistungspunkte sind identisch mit den für die Studien- und Prüfungsleistungen vergebenen Leistungspunkten nach dem European Credit Transfer System.
- (2) ¹Die Punktzahlen jeder Teilprüfung ergeben sich aus dem Anhang und aus dem Modulhandbuch. ²Im Rahmen der organisatorischen Möglichkeiten kann ein Kandidat jederzeit Einblick in den Stand seines Kontos nehmen.

- (3) ¹Mit der Absolvierung der Teilprüfungen und der Erbringung der sonstigen Studienleistungen soll so frühzeitig begonnen werden, dass alle Leistungen jeweils im Anschluss an die im Anhang vorgesehenen Pflicht- und Wahlpflichtveranstaltungen erbracht werden können. ²Sofern sich nicht aus Studien- und Prüfungsordnung eine bestimmte Reihenfolge zwingend ergibt, kann diese frei gewählt werden.

§ 17

Berücksichtigung der besonderen Belange Behinderter

¹Zur Wahrung ihrer Chancengleichheit ist auf die besondere Lage behinderter Prüfungskandidaten in angemessener Weise Rücksicht zu nehmen. ²Der Prüfungsausschuss soll auf schriftlichen Antrag des Prüfungskandidaten nach der Schwere der nachgewiesenen Prüfungsbehinderung festsetzen, in welcher Form ein behinderter Prüfungskandidat seine Prüfungsleistungen erbringt bzw. eine Arbeitszeitverlängerung bis zur Hälfte der normalen Arbeitszeit gewährt. ³Der Nachweis der Prüfungsbehinderung ist vom Kandidaten durch ein ärztliches Zeugnis zu führen, aus dem hervorgeht, dass er wegen einer länger andauernden oder ständigen Behinderung nicht in der Lage ist, die Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen. ⁴Der Antrag ist der Meldung zur Prüfung beizufügen. ⁵Wird der Antrag später eingereicht, gilt er nur für zukünftige Prüfungen.

§ 18

Prüfungsnoten

Für die Beurteilung der einzelnen Prüfungsleistungen wird folgende Notenskala verwendet, wobei die Zwischenwerte eine differenzierte Bewertung der Prüfungsleistungen ermöglichen:

„sehr gut“ (eine hervorragende Leistung)	= 1,0 oder 1,3
„gut“ (eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt)	= 1,7 oder 2,0 oder 2,3
„befriedigend“ (eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht)	= 2,7 oder 3,0 oder 3,3
„ausreichend“ (eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt)	= 3,7 oder 4,0
„nicht ausreichend“ (eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt).	= 5,0.

§ 19

Prüfungsgesamtnote

- (1) Die Prüfungsgesamtnote ergibt sich als das gewichtete arithmetische Mittel aus
 1. der Durchschnittsnote der Modulnoten (Gewicht 2/3), wobei unter Modulnoten die in den Prüfungen zu den einzelnen Teilveranstaltungen erworbenen Noten zu verstehen sind. Die Durchschnittsnote wird ihrerseits als das mit den Leistungspunkten gewichtete arithmetische Mittel aller Einzelnoten der studienbegleitenden Teilprüfungen in den Schwerpunktbereichen I und II sowie dem Ergänzungsbe-
reich I (siehe § 4 und den Anhang) berechnet. Dabei wird nur die erste Dezimal-
stelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Run-
dung gestrichen. Wurden mehr als die geforderten Teilprüfungen abgelegt, so ge-
hen in die Berechnung der Gesamtnote die besten Teilprüfungen ein, jedoch un-
ter Berücksichtigung und Wahrung der geforderten Differenzierung innerhalb der
Teilbereiche.
 2. der Note der Masterarbeit (Gewicht 1/3).
- (2) Als Prüfungsgesamtnote der bestandenen Masterprüfung erhalten die Kandidaten bei einem Notendurchschnitt bis 1,2 die Note "ausgezeichnet", bis einschließlich 1,5 die Note „sehr gut“, bis einschließlich 2,5 „gut“, bis einschließlich 3,5 „befriedigend“, bis einschließlich 4,0 „ausreichend“.
- (3) Die Berechnung der Prüfungsgesamtnote wird vom Vorsitzenden des Prüfungsaus-
schusses vorgenommen; die Berechnung muss aus dem Zeugnis oder aus einem dem
Zeugnis beigegebenen Protokoll klar erkennbar sein.

§ 20

Bestehen der Prüfung

- (1) Die Masterprüfung ist nur bestanden, wenn
 1. mindestens die gemäß der Anlage erforderlichen 120 Leistungspunkte erworben
sind,
 2. alle geforderten studienbegleitenden Teilprüfungen absolviert und bestanden
(mindestens „ausreichend“) sind,
 3. alle gegebenenfalls noch nachzureichenden Sprachnachweise (§ 3 Nr. 5 Satz 3)
vorliegen,
 4. die Masterarbeit mit mindestens „ausreichend“ bewertet wurde.

- (2) Legt ein Kandidat aus von ihm zu vertretenden Gründen nicht alle Prüfungsbestandteile bis zum Ende des sechsten Semesters (im Teilzeitstudium: bis zum Ende des zwölften Semesters) ab oder sind die Wiederholungsmöglichkeiten (siehe § 21) vorher ausgeschöpft, so ist die Masterprüfung endgültig nicht bestanden.

§ 21

Wiederholung der Prüfung in Teilbereichen

- (1) ¹Jede erstmals nicht bestandene Teilprüfung kann einmal wiederholt werden. ²Die Wiederholungsprüfung ist in der Regel innerhalb von sechs Monaten, spätestens im Rahmen der Prüfungstermine des jeweils folgenden Semesters abzulegen. ³Sie kann frühestens sechs Wochen nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses abgelegt werden. ⁴Die Frist wird durch Exmatrikulation und Beurlaubung nicht unterbrochen. ⁵Bei Versäumnis der Frist gilt die Masterprüfung als endgültig nicht bestanden, sofern nicht dem Studierenden vom Prüfungsausschuss aufgrund eines vor Ablauf der Frist zu stellenden Antrags wegen besonderer, von ihm nicht zu vertretender Gründe eine Nachfrist gewährt wird.
- (2) ¹Eine zweite Wiederholung ist nur in drei Teilprüfungen zulässig. ²Werden Teilprüfungen auch nach der zweiten Wiederholung nicht bestanden, gilt die Masterprüfung als endgültig nicht bestanden.
- (3) Die freiwillige Wiederholung einer bestandenen Teilprüfung oder der Masterarbeit ist nicht zulässig.
- (4) ¹Wird die Masterarbeit mit „nicht ausreichend“ bewertet, so ist eine Wiederholung zum nächsten regulären Prüfungstermin mit neuem Thema möglich. ²Ein entsprechender Antrag ist unverzüglich nach der Bekanntgabe der Note für die Masterarbeit zu stellen. ³Eine zweite Wiederholung der Masterarbeit ist nicht möglich.

§ 22

Bescheinigung über eine nicht bestandene Prüfung

Hat der Kandidat die Masterprüfung endgültig nicht bestanden, wird ihm auf Antrag und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise innerhalb von zwei Wochen eine schriftliche Bescheinigung ausgestellt, aus der sich die in den einzelnen Prüfungsfächern erzielten Noten und die noch fehlenden Prüfungsleistungen ergeben.

§ 23

Einsicht in die Prüfungsakten

- (1) Nach Abschluss des Verfahrens einer Teilprüfung wird dem Kandidaten auf Antrag im Rahmen der organisatorischen Möglichkeiten Einsicht in seine Prüfungsarbeiten, die darauf bezogenen Gutachten der Prüfung und in die Prüfungsprotokolle gewährt.
- (2) ¹Der Antrag ist binnen eines Monats nach Bekanntgabe der Teilprüfungsergebnisse beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu stellen. ²Art. 32 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz gilt entsprechend. ³Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme. ⁴Der Kandidat ist nicht berechtigt, von den Prüfungsakten insgesamt oder in Teilen Kopien anzufertigen.

§ 24

Mängel im Prüfungsverfahren

- (1) Erweist sich, dass das Prüfungsverfahren mit Mängeln behaftet war, die das Prüfungsergebnis beeinflusst haben, ist auf Antrag eines Kandidaten oder von Amts wegen anzuordnen, dass die Prüfung oder einzelne Teile derselben wiederholt werden.
- (2) Mängel des Prüfungsverfahrens oder eine vor oder während der Prüfung eingetretene Prüfungsunfähigkeit müssen unverzüglich, in jedem Falle vor Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses, beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder beim Prüfer geltend gemacht werden.
- (3) Sechs Monate nach Abschluss der Prüfung dürfen Anordnungen nach Abs. 1 nicht mehr getroffen werden.

§ 25

Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

- (1) ¹Kandidaten, die sich zu einer Teilprüfung gemeldet haben, können ohne Angabe von Gründen spätestens bis zu einem durch Aushang bekannt gegebenen Termin durch schriftliche Erklärung zurücktreten. ²Eine Prüfungsleistung gilt als nicht bestanden, wenn der Kandidat ohne triftige Gründe zu einem Prüfungstermin, zu dem er sich angemeldet hat, nicht erscheint oder nach Ablauf des in Satz 1 genannten Termins zurücktritt.
- (2) ¹Die Gründe für das Versäumnis oder, sofern nicht Abs. 1 Satz 1 zutrifft, den Rücktritt müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. ²Gleiches gilt für eine vor oder während der Prüfung eintretende Prü-

fungsunfähigkeit. ³Im Falle der Verhinderung durch Krankheit ist ein ärztliches Zeugnis vorzulegen. ⁴Erkennt der Prüfungsausschuss die Gründe an, so setzt der Vorsitzende gemäß § 12 einen neuen Prüfungstermin fest.

- (3) Bei anerkanntem Versäumnis oder anerkanntem Rücktritt sind bereits vorliegende Prüfungsleistungen anzuerkennen.
- (4) ¹Versucht der Kandidat, das Ergebnis einer einzelnen Prüfung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ bewertet. ²Ein Kandidat, der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung erheblich stört, kann von dem jeweiligen Prüfer oder von den aufsichtsführenden Personen von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Falle gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ bewertet.

§ 26

Ungültigkeit der Prüfung

- (1) Hat der Kandidat bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die betreffenden Noten entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.
- (2) ¹Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu der Prüfung nicht erfüllt, ohne dass der Kandidat hierüber täuschen wollte, und wird die Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. ²Hat der Kandidat die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung der allgemeinen verwaltungsrechtlichen Grundsätze über die Rücknahme rechtswidriger Verwaltungsakte.
- (3) Dem Kandidaten ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.
- (4) ¹Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls durch ein neues zu ersetzen. ²Eine Entscheidung nach Abs. 1 und 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

§ 27

Verleihung des Mastergrades, Zeugnis

- (1) ¹Über die bestandene Masterprüfung werden nach Vorliegen aller Noten innerhalb von vier Wochen eine Urkunde und ein Zeugnis ausgestellt. ²Die Urkunde enthält die Be-

zeichnung des Masterstudiums. ³Sie wird vom Dekan der Kulturwissenschaftlichen Fakultät unterzeichnet und mit dem Siegel der Universität versehen. ⁴Mit der Aushändigung der Urkunde erhält der Kandidat das Recht, den akademischen Grad "Master of Arts" zu führen. ⁵Dieser kann mit der Abkürzung M.A. hinter dem Familiennamen geführt werden.

- (2) ¹Das Zeugnis enthält die Bezeichnung des Studiengangs, die Prüfungsgesamtnote, ein Verzeichnis aller Teilprüfungen mit Angabe der Art und der Note sowie Thema und Note der Masterarbeit. ²Das Zeugnis ist vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen. ³Als Datum ist der Tag anzugeben, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht wurde. ⁴Ein Diploma Supplement wird ergänzend ausgestellt und vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet.
- (3) Der Entzug des Grades Master of Arts richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen.

Teil II: Promotionsordnung

A. Allgemeines

§ 28

Zweck des Promotionsstudiums

¹Der Promotionsstudiengang fördert die Entwicklung fachübergreifender historisch-kulturwissenschaftlicher Forschungskompetenz anhand einschlägiger Dissertationsprojekte aus dem Themenfeld "Mitteleuropa und angelsächsische Welt". ²Er bündelt die Methoden- und Beratungskompetenz mehrerer kulturwissenschaftlicher Disziplinen mit dem Ziel, den Doktoranden in den einzelnen Arbeitsphasen durch Strukturierungshilfen, Supervisionsverfahren und interdisziplinäre Diskursangebote Orientierung zu geben. ³Er zielt dabei auf die verlässliche Begleitung der Doktoranden und zugleich auf die Verkürzung der Qualifikationsdauer. ⁴Bei angemessen zurückhaltender Betreuung soll der Doktorand die Chancen forschender Freiheit sinnvoll wahrnehmen können.

§ 29

Akademischer Grad (Doktorgrad)

¹Aufgrund der bestandenen Doktorprüfung im Rahmen der Graduate School "Mitteleuropa und angelsächsische Welt - 1300-2000 - Central Europe and the English-Speaking World"

verleiht die Universität Bayreuth durch die Kulturwissenschaftliche Fakultät die akademischen Grade „Doktorin der Philosophie“ und „Doktor der Philosophie“. ²Die abgekürzte Form dieser Grade lautet „Dr. phil.“. ³Die Promotion dient dem Nachweis einer eigenständigen wissenschaftlichen Leistung, die erheblich über die in der Masterprüfung geforderte Leistung hinausgehen muss. ⁴Die Promotionsleistungen bestehen aus einer vom Bewerber selbständig verfassten wissenschaftlichen Abhandlung (Dissertation) und der Verteidigung der Dissertation im Rahmen einer Disputation.

§ 30 **Qualifikation**

- (1) Die Qualifikation für den Promotionsstudiengang der Graduate School "Mitteleuropa und angelsächsische Welt - 1300-2000 - Central Europe and the English-Speaking World" besitzt, wer
1. den Masterstudiengang der Graduate School mit mindestens gutem Erfolg absolviert hat oder
 2. der einen Bachelorstudiengang mit mindestens gutem (bei juristischem Staatsexamen: voll befriedigendem Erfolg) abgeschlossen, binnen eines Jahres (im Teilzeitstudium: binnen zwei Jahren) im Masterstudium der Graduate School zwei Hauptseminare und das Methodenseminar mit mindestens gutem Erfolg absolviert hat und einen von einem an der Graduate School beteiligten Hochschullehrer approbierten Graduate Prospectus als Aufriss des Dissertationsprojekts vorlegt oder
 3. eine Master-, Magister-, Diplomprüfung, ein Staatsexamen oder eine gleichwertige Abschlussprüfung an einer wissenschaftlichen Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland oder einen fachlich gleichwertigen Masterabschluss an einer Fachhochschule in der Bundesrepublik Deutschland oder einen fachlich gleichwertigen Abschluss an einer ausländischen Hochschule in einem geistes-, staats- oder wirtschaftswissenschaftlich orientierten Studiengang mit mindestens der Note 2,8 bestanden hat und einen von einem an der Graduate School beteiligten Hochschullehrer approbierten Graduate Prospectus als Aufriss des Dissertationsprojekts vorlegt.

- (2) ¹Die erforderlichen Qualifikationsnachweise sind dem Prüfungsausschuss der Graduate School zu Beginn des Promotionsstudiums vorzulegen. ²Dieser entscheidet über die Zulassung zum Promotionsstudium.

§ 31

Promotionsbetreuung

¹Die Graduate School kombiniert die Vorteile der Individualbetreuung und der Teambetreuung. ²Der Prüfungsausschuss der Graduate School ordnet jedem zugelassenen Bewerber im Benehmen mit ihm einen persönlichen Mentor aus dem Kollegium der Hochschullehrer der Graduate School zu. ³Im Falle der Qualifikation nach § 30 Abs. 1 Nrn. 2 und 3 wird in der Regel der Hochschullehrer, der den Graduate Prospectus approbiert hat, zum Mentor bestellt. ⁴Der Mentor betreut den Doktoranden bei der Gestaltung des Promotionsstudiums und insbesondere bei der Planung und Durchführung seines Forschungsvorhabens. ⁵Darüber hinaus stehen den Doktoranden alle Mitglieder des Kollegiums der Hochschullehrer beratend zur Verfügung. ⁶Auf Antrag des Doktoranden kann der Mentor einmal durch den Prüfungsausschuss neu bestellt werden.

§ 32

Inhalt und Aufbau des Studiums

- (1) ¹Das Promotionsprogramm wird im Rahmen der Graduate School durchgeführt. ²Diese ist ein Forschungsverbund der Hochschullehrer und Promovierenden. ³Im Mittelpunkt des Verbundes steht das gemeinsame Interesse an der Erforschung der mit den vier Interpretamina Beziehungen, Kulturtransfer, Perzeption und Vergleich bezeichneten Zusammenhänge zwischen Mitteleuropa und angelsächsischer Welt.
- (2) ¹Das Promotionsstudium besitzt einen Doppelcharakter mit den Elementen selbständiges wissenschaftliches Arbeiten einerseits und strukturiertes Lernen andererseits. ²Zum Programm gehören im Sinne transdisziplinärer Kompetenzvermittlung und der Hinführung auf den internationalen Fachdiskurs das interdisziplinäre Kolloquium (Module I 1-4), Gastvorträge zu inhaltlichen und methodologischen Schwerpunkten sowie die Tagungen und Summer Schools der Prinz-Albert-Gesellschaft (Module T 3-6). ³Einzelheiten zu Zahl und Umfang der Veranstaltungen und der entsprechenden Leistungspunkte ergeben sich aus dem Anhang sowie aus dem Modulhandbuch. ⁴Teilnahmepflicht hinsichtlich des interdisziplinären Kolloquiums besteht für alle Doktoranden, die nicht durch auswärtige Forschungsaufenthalte verhindert sind.

- (3) ¹Die Arbeit an der Dissertation besteht aus drei Abschnitten: Sondierungsphase, Archivphase, Schreibphase. ²In einer betreuten Sondierungsphase werden der Forschungsstand ermittelt und ein Graduate Prospectus erstellt bzw. optimiert. ³In der Archivphase werden die für das Dissertationsprojekt erforderlichen Quellenrecherchen durchgeführt. ⁴In der Schreibphase wird der Text der Dissertation konzipiert und abgefasst. ⁵Die Promotionsprüfung besteht aus der Begutachtung der eingereichten Dissertation und aus der Verteidigung der Dissertation im Rahmen einer hochschulöffentlichen Disputation.

§ 33

Regelstudienzeit, Studiendauer und Prüfungsfristen

- (1) Die Regelstudienzeit beträgt einschließlich der Anfertigung der Dissertation und des Antrags auf Zulassung zur Promotionsprüfung sechs Semester.
- (2) ¹Der Gesamtumfang der Lehrveranstaltungen beträgt acht Semesterwochenstunden (SWS); hinzu kommen der Besuch zweier Tagungen und zweier Summer Schools. ²Die Zahl der zu erwerbenden Leistungspunkte (LP) beträgt 20. ³Die Verteilung der Leistungspunkte auf die Veranstaltungen ist aus dem Anhang und aus dem Modulhandbuch ersichtlich.
- (3) Stellt der Kandidat aus von ihm zu vertretenden Gründen nicht spätestens im achten Semester den Antrag auf Zulassung zur Promotionsprüfung, so gilt die Prüfung als abgelegt und erstmals nicht bestanden.
- (4) ¹Die Gründe, die das Überschreiten der Frist gemäß Abs. 3 rechtfertigen sollen, müssen vor Ablauf der Frist beim Prüfungsausschuss schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. ²Im Krankheitsfalle ist ein ärztliches Zeugnis vorzulegen. ³Bei Berufstätigkeit sind entsprechende Nachweise vorzulegen. ⁴Über die Anerkennung der Gründe und die Dauer der Fristverlängerung entscheidet der Prüfungsausschuss. ⁵Über die Entscheidung ergeht ein schriftlicher Bescheid, der im Falle der Ablehnung begründet und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehen wird.
- (5) ¹Auf Antrag ist bei Fristen und Terminen die Inanspruchnahme der Schutzfristen des § 3 Abs. 2 und § 6 Abs. 1 des Mutterschutzgesetzes sowie der Fristen für die Gewährung von Erziehungsurlaub nach Art. 88 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Bayerisches Beamtengegesetz, §§ 12 bis 15 der Urlaubsverordnung zu gewährleisten. ²Die entsprechenden

Nachweise sind zu führen; Änderungen in den Voraussetzungen sind unverzüglich mitzuteilen.

- (6) ¹Auf die Prüfungsfristen werden auf Antrag Studienzeiten nicht angerechnet, in denen das Studium aus wichtigem Grund nicht und/oder nur sehr eingeschränkt möglich ist. ²Wichtige Gründe sind insbesondere Krankheit oder die häusliche Pflege schwer erkrankter Angehöriger. ³Die entsprechenden Nachweise sind zu führen, insbesondere sind ärztliche Atteste vorzulegen. ⁴Änderungen in den Voraussetzungen sind unverzüglich mitzuteilen. ⁵Studienbegleitende Teilprüfungen dürfen höchstens um ein Semester verschoben werden. Beurlaubungen nach Art. 48 Abs. 2 bis 4 BayHSchG sind, sofern sie aus den gleichen Gründen erfolgt sind, entsprechend zu berücksichtigen.

§ 34

Berücksichtigung der besonderen Belange Behinderter

§ 17 gilt entsprechend.

§ 35

Prüfungsorgan

Der Prüfungsausschuss der Graduate School (§ 6 Abs. 1) ist zuständig für die Durchführung der Promotionsprüfung. § 6 Abs. 2, 3, 5, 6 und 7 gelten entsprechend.

§ 36

Gutachter und Prüfer

- (1) Jedes Mitglied des Kollegiums der Hochschullehrer der Graduate School kann als Gutachter und Prüfer tätig sein.
- (2) ¹Als weitere Gutachter und als Prüfer können alle hauptberuflich an der Universität Bayreuth tätigen Hochschullehrer sowie entpflichtete und pensionierte Professoren fungieren. ²Ausnahmsweise kann auch ein Hochschullehrer einer anderen wissenschaftlichen Hochschule bestellt werden.

B. Prüfung

§ 37

Antrag auf Zulassung zur Promotionsprüfung

- (1) Für die Beantragung der Zulassung zur Promotionsprüfung wird durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses mindestens ein Meldetermin am Ende der Vorlesungszeit jeden Semesters festgesetzt.
- (2) ¹Der Antrag auf Zulassung zur Promotionsprüfung ist schriftlich beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu stellen. ²Dem Antrag sind beizufügen:
1. Nachweise über den Besuch der Pflicht- und Wahlpflichtveranstaltungen,
 2. der Name des Mentors, unter dessen Leitung die Dissertation entstanden ist,
 3. drei Exemplare der Dissertation,
 4. folgende eidesstattliche Versicherung:
„Ich versichere hiermit an Eides Statt, daß ich die vorliegende Arbeit ohne unzulässige Hilfe Dritter und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe; die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.
Die Arbeit wurde bisher weder im Inland noch im Ausland in gleicher oder ähnlicher Form einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und ist auch noch nicht veröffentlicht.“
 5. ein Lebenslauf des Bewerbers,
 6. eine Erklärung über die vom Bewerber gewünschten Gutachter,
 7. der Nachweis der Hochschulreife in beglaubigter Form entsprechend der Qualifikationsverordnung in der jeweils geltenden Fassung,
 8. der Nachweis über das Vorliegen der in § 30 genannten Qualifikation,
 9. ein amtliches Führungszeugnis, falls der Bewerber nicht im öffentlichen Dienst steht und die Exmatrikulation mehr als drei Monate zurückliegt.
- (3) ¹Der Vorsitzende der Prüfungsausschusses prüft, ob der Antrag auf Zulassung zur Promotionsprüfung den in Abs. 2 genannten Anforderungen entspricht. ²Ist dies nicht der Fall und werden die Mängel nicht innerhalb einer vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses gesetzten angemessenen Frist behoben, so weist der Vorsitzende den Antrag als unzulässig zurück. ³Die Entscheidung ist dem Bewerber schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 38

Entscheidung über die Zulassung zur Promotionsprüfung

- (1) Entspricht der Antrag auf Zulassung zur Promotionsprüfung den in § 37 genannten Anforderungen, so legt ihn der Vorsitzende des Prüfungsausschusses mit einer schriftlichen Stellungnahme darüber, ob die Zulassungsvoraussetzungen erfüllt sind, dem Prüfungsausschuss vor.
- (2) ¹Der Prüfungsausschuss entscheidet über den Antrag auf Zulassung zur Promotionsprüfung. ²Diese Entscheidung kann der Prüfungsausschuss an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses delegieren. ³Die Entscheidung soll innerhalb einer Woche nach dem Eingang des Antrags getroffen werden. ⁴Die Zulassung ist zu versagen, wenn die in § 37 Abs. 2 genannten Zulassungsvoraussetzungen nicht erfüllt sind.
- (3) ¹Der Antrag auf Zulassung kann nur zurückgenommen werden, bevor dem Kandidaten eine ablehnende Entscheidung über die Dissertation zugegangen ist. ²Nimmt der Bewerber den Zulassungsantrag zurück, nachdem ihm eine ablehnende Entscheidung über die Dissertation zugegangen ist, so gilt die Promotionsprüfung als ohne Erfolg beendet. ³Darüber erteilt der Dekan dem Bewerber einen schriftlichen Bescheid, der zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist.

§ 39

Dissertation

- (1) ¹Die Dissertation muss eine selbständige wissenschaftliche Leistung darstellen und zur Lösung wissenschaftlicher Fragen beitragen. ²Sie darf noch nicht publiziert und nicht mit einer vorher abgefassten Diplom-, Magister-, Master- oder Zulassungsarbeit identisch sein. ³Die Dissertation ist in deutscher oder englischer Sprache abzufassen. ⁴Bei Abfassung der Dissertation in englischer Sprache ist eine ausführliche Zusammenfassung in deutscher Sprache beizufügen.
- (2) ¹Die Dissertation muss in maschinenschriftlicher Form und gebunden vorgelegt werden; sie muss paginiert und mit einem Inhalts- und einem Literaturverzeichnis versehen sein. ²Die benutzte Literatur sowie sonstige Hilfsmittel sind vollständig anzugeben. ³Zitate oder Paraphrasen aus der Literatur sind kenntlich zu machen. ⁴Text und Anmerkungen sollen in der Regel den Umfang von 250 DIN A 4-Seiten (ca. 100.000 Worte) nicht überschreiten.

§ 40 Beurteilung der Dissertation

- (1) ¹Nach der Zulassung bestellt der Prüfungsausschuss zur Beurteilung der Dissertation unverzüglich einen Erstgutachter und mindestens einen weiteren Gutachter gemäß § 36. ²Erstgutachter ist in der Regel der Mentor, unter dessen Betreuung die Dissertation entstanden ist. ³Jeder Gutachter gibt innerhalb einer Frist von zwei Monaten ein schriftliches Gutachten über die Dissertation ab.
- (2) ¹Der Gutachter kann
1. die Annahme der Arbeit und eine Bewertung im Bereich der Notenwerte 0 - 3,3 gemäß der Notenskala in § 42 Abs. 2 vorschlagen. ²Das Votum für die Annahme kann mit dem Vorschlag verbunden werden, die Annahme der Dissertation mit der Auflage an den Bewerber zu verbinden, vor der Veröffentlichung Änderungen oder Ergänzungen vorzunehmen; diese müssen in dem Vorschlag hinreichend benannt werden.
 2. die Rückgabe der Dissertation zur Überarbeitung vorschlagen, wenn er die Arbeit für unzulänglich (4,0 gemäß der Notenskala in § 42 Abs. 2) befindet, aber eine Annahme nach Überarbeitung in gemessener Frist für möglich hält.
 3. die Dissertation als unzulänglich (4,0 gemäß der Notenskala in § 42 Abs. 2) bewerten und ihre Ablehnung vorschlagen.
- (3) ¹Der Prüfungsausschuss bestellt einen weiteren Gutachter, wenn die Vorschläge der Gutachter für die Bewertung der Dissertation hinsichtlich der Annahme oder Ablehnung der Dissertation voneinander abweichen. ²Bei unterschiedlicher Benotung sollen sich die Gutachter auf eine Note einigen. ³Kommt keine Einigung zustande, so ist der Mittelwert die Note.
- (4) ¹Wenn alle Gutachten vorliegen, werden die Dissertation und die Gutachten den Mitgliedern des Kollegiums der Graduate School zwei Wochen lang durch Auslage zugänglich gemacht. ²Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses setzt die Mitglieder des Kollegiums von dem Beginn der Auslagefrist schriftlich in Kenntnis. ³Diese können innerhalb der Auslagefrist zu den Gutachten schriftlich Stellung nehmen oder selbst ein Gutachten zur Dissertation vorlegen.
- (5) ¹Nach Ablauf der Auslagefrist entscheidet der Prüfungsausschuss auf der Grundlage der vorliegenden Gutachten und etwaiger gemäß Abs. 4 Satz 3 abgegebener Stellungnahmen über die Bewertung der Dissertation. ²Wird die Dissertation mit der Note „be-

friedigend“ oder einer besseren Note bewertet, so ist sie angenommen, wird sie mit der Note „unzulänglich“ bewertet, so ist sie abgelehnt. ³In der Sitzung des Prüfungsausschusses erhalten die Gutachter und die Mitglieder des Kollegiums, die gemäß Abs. 4 Satz 3 Stellung genommen oder selbst ein Gutachten vorgelegt haben, Gelegenheit, ihre Auffassung zu vertreten. ⁴Der Prüfungsausschuss kann die Annahme der Dissertation mit der Auflage an den Bewerber verbinden, vor der Veröffentlichung Änderungen oder Ergänzungen vorzunehmen, die hinreichend benannt werden müssen; in diesem Fall beauftragt er den Erstgutachter damit, die Erfüllung der Auflage zu überprüfen.

- (6) ¹Der Prüfungsausschuss kann vor der Entscheidung über die Bewertung der Dissertation einen oder mehrere zusätzliche Gutachter bestellen. ²Das weitere Verfahren richtet sich in diesem Fall nach den Abs. 1, 2, 4 und 5.
- (7) ¹Hat mindestens einer der Gutachter vorgeschlagen, die Dissertation zur Überarbeitung zurückzugeben, entscheidet der Prüfungsausschuss, ob die Dissertation zur Überarbeitung zurückgegeben werden soll; die Rückgabe zur Überarbeitung kommt in Betracht, wenn eine hinlängliche Überarbeitung binnen eines Jahres zu erwarten steht. ²Der Prüfungsausschuss kann vor der Entscheidung über die Rückgabe der Dissertation zur Überarbeitung einen oder mehrere zusätzliche Gutachter bestellen. ³Entscheidet der Prüfungsausschuss auf Rückgabe der Dissertation zur Überarbeitung, so muss der Bewerber die umgearbeitete Dissertation innerhalb eines Jahres nach der Rückgabe der Dissertation vorlegen; auf Antrag des Bewerbers kann der Vorsitzende des Prüfungsausschusses diese Frist einmal um höchstens ein Jahr verlängern. ⁴Die Fristen sind unschädlich für die Höchststudienzeit. ⁵Eine umgearbeitete Dissertation wird von den für die ursprüngliche Dissertation bestellten Gutachtern beurteilt, soweit diese noch zur Verfügung stehen; im übrigen gelten die Abs. 1 bis 6. ⁶Wenn der Bewerber die umgearbeitete Dissertation nicht fristgerecht vorlegt oder diese abgelehnt wird, ist die Promotionsprüfung ohne Erfolg beendet; § 37 Abs. 3 Satz 3 gilt entsprechend.

§ 41

Die mündliche Prüfung (Disputation)

- (1) ¹Nach Annahme der Dissertation folgt als weitere Prüfungsleistung die mündliche Prüfung. ²Diese wird in Form einer Disputation durchgeführt. ³Die Disputation ist eine universitätsöffentliche, kollegiale Einzelprüfung. ⁴Prüfer sind alle Mitglieder des Kollegiums der Graduate School; erforderlich ist die Anwesenheit von mindestens vier Mitgliedern. ⁵Den Vorsitz führt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses.

- (2) ¹Der Kandidat hält einleitend ein fünfzehnminütiges Referat zu Thesen, die seine Dissertation betreffen. ²Das anschließende Prüfungsgespräch bezieht sich auf Fragestellungen, die mit der Dissertation zusammenhängen. ³Es soll darüber hinaus zeigen, ob der Kandidat mit weiteren Bereichen des interdisziplinären Studienprogramms vertraut ist.
- (3) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses legt den Termin für die Disputation fest und lädt den Bewerber mindestens eine Woche vor dem Termin schriftlich dazu ein.
- (4) Die Disputation dauert etwa 60 Minuten.
- (5) ¹Die mündliche Prüfung ist bestanden, wenn die Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Kollegiums der Graduate School dies feststellt. ²Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses den Ausschlag.
- (6) Die Disputation wird von den anwesenden Mitgliedern des Kollegiums der Graduate School mit einer der folgenden Noten bewertet:
- | | | |
|------------------------------|---|--------------------|
| mit Auszeichnung (0; 0,3) | = | „summa cum laude“, |
| sehr gut (0,7; 1,0; 1,3) | = | „magna cum laude“, |
| gut (1,7; 2,0; 2,3) | = | „cum laude“, |
| befriedigend (2,7; 3,0; 3,3) | = | „rite“, |
| unzulänglich (4,0). | | |
- (7) ¹Das Prädikat der Disputation wird vom Vorsitzenden der Prüfungskommission festgestellt. ²Es ergibt sich aus dem arithmetischen Mittel der von den bei der Disputation anwesenden Mitgliedern der Graduate School erteilten Noten. ³Es werden ohne Rundung zwei Dezimalstellen berücksichtigt. ⁴Dabei ergibt ein Durchschnitt von
0,00 bis 0,50 das Prädikat „summa cum laude“,
0,51 bis 1,50 das Prädikat „magna cum laude“,
1,51 bis 2,50 das Prädikat „cum laude“,
2,51 bis 3,50 das Prädikat „rite“.
- (8) ¹Über die Gegenstände und den Verlauf der Prüfung wird eine Niederschrift angefertigt. ²Diese ist vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses sowie vom Protokollanten zu unterzeichnen.
- (9) ¹Ist die mündliche Prüfung nicht bestanden, so erteilt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dem Bewerber hierüber einen Bescheid, der zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist. ²Der Bewerber kann die nicht bestandene mündliche Prüfung einmal wiederholen. ³Ein Antrag auf Wiederholung muss innerhalb

eines Monats nach der Bekanntgabe des Nichtbestehens der mündlichen Prüfung beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses gestellt werden.

- (10) Wenn der Bewerber die Wiederholung der mündlichen Prüfung nicht fristgerecht beantragt ist die Promotionsprüfung ohne Erfolg beendet; Abs. 9 Satz 1 gilt entsprechend.
- (11) Die Promotionsprüfung gilt auch als ohne Erfolg beendet, wenn der Bewerber aus Gründen, die er zu vertreten hat, nicht zur mündlichen Prüfung erscheint; § 38 Abs. 3 Satz 3 gilt entsprechend.

§ 42

Bewertung der Promotionsleistungen, Gesamtprädikat

- (1) Die Promotion ist bestanden, wenn die Dissertation angenommen wurde und der Kandidat die Disputation erfolgreich absolviert hat.
- (2) ¹Die Dissertation wird von den Gutachtern mit einer der folgenden Noten bewertet:
²mit Auszeichnung (0; 0,3) = „summa cum laude“,
 sehr gut (0,7; 1,0; 1,3) = „magna cum laude“,
 gut (1,7; 2,0; 2,3) = „cum laude“,
 befriedigend (2,7; 3,0; 3,3) = „rite“,
 unzulänglich (4,0).
- (3) ¹Das Prädikat der Dissertation wird vom Vorsitzenden der Prüfungskommission festgestellt. ²Es ergibt sich aus den von den Gutachtern festgestellten Noten für die Dissertation; bei unterschiedlicher Benotung bildet das arithmetische Mittel die Note. ³Es werden ohne Rundung zwei Dezimalstellen berücksichtigt. ⁴Dabei ergibt ein Durchschnitt von
 0,00 bis 0,50 das Prädikat „summa cum laude“,
 0,51 bis 1,50 das Prädikat „magna cum laude“,
 1,51 bis 2,50 das Prädikat „cum laude“,
 2,51 bis 3,50 das Prädikat „rite“.
- ⁵Bei schlechterem Durchschnitt als 3,50 gilt die Dissertation als nicht angenommen.
- (4) ¹Wurde die Disputation mit einem besseren Resultat absolviert als die Dissertation, so ergibt sich das Gesamtprädikat der Promotion aus dem arithmetischen Mittel der Notenwerte von Disputation und Dissertation gemäß der in Abs. 3 aufgeführten Tabelle. ²Dabei werden ohne Rundung zwei Dezimalstellen berücksichtigt. ³Wurde die Disputa-

tion mit gleichem oder einem schlechteren Resultat absolviert als die Dissertation, so bleibt die Disputation bei der Ermittlung des Gesamtprädikats der Promotion unberücksichtigt; das Prädikat der Dissertation bildet in diesem Falle das Gesamtprädikat der Promotion.

- (5) ¹Nach der Feststellung des Gesamtprädikats der Promotion händigt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dem Bewerber ein Prüfungszeugnis aus. ²Es enthält das Gesamtprädikat und wird vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unter dem Datum des Tages der letzten Prüfungsleistung unterzeichnet; es berechtigt nicht zur Führung des Doktorgrades.

§ 43

Akteneinsicht

¹Nach Abschluss des Prüfungsverfahrens wird dem Bewerber unter Beachtung des Art. 29 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG) auf Antrag Einsicht in die Prüfungsakte gewährt. ²Der Antrag ist binnen eines Monats nach Abschluss des Prüfungsverfahrens bei dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu stellen. ³Art. 32 BayVwVfG gilt entsprechend. ⁴Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

§ 44

Ungültigkeit

- (1) Hat der Bewerber bei einer Promotionsleistung getäuscht, so erklärt der Prüfungsausschuss die Doktorprüfung für nicht bestanden; ist die Promotionsprüfung noch nicht abgeschlossen, so stellt sie dieses ein.
- (2) Wird die Täuschung erst nach Aushändigung des Prüfungszeugnisses beziehungsweise der Urkunde bekannt, so zieht der Prüfungsausschuss diese ein.
- (3) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zur Promotionsprüfung nicht erfüllt, ohne dass der Bewerber hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Prüfungszeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt.

- (4) ¹Im Übrigen richten sich die Rücknahme der Zulassung zur Promotionsprüfung und die Entziehung des Doktorgrades nach den gesetzlichen Vorschriften. ²Zuständig für die Entscheidung ist der Prüfungsausschuss.
- (5) In den Fällen der Abs. 1, 2 und 4 muss dem Betroffenen vor der Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung gegeben werden.

§ 45

Vervielfältigung der Dissertation und Ablieferung der Pflichtexemplare

- (1) ¹Der Bewerber muss die Dissertation der wissenschaftlichen Öffentlichkeit durch Vervielfältigung und Verbreitung zugänglich machen. ²Vor der Vervielfältigung muss er dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses ein Exemplar der Dissertation zur Erteilung der Vervielfältigungsgenehmigung vorlegen; gegebenenfalls muss er eine Bestätigung des gemäß § 40 Abs. 5 Satz 4 beauftragten Gutachters beifügen, dass die Auflage zur Änderung oder Ergänzung der Dissertation erfüllt ist.
- (2) Innerhalb von zwei Jahren nach der Aushändigung des Prüfungszeugnisses muss der Bewerber die folgenden Pflichtexemplare mit beigefügtem Lebenslauf unentgeltlich bei der Fakultät abliefern:
1. 80 Exemplare in Buch- oder Fotodruck oder
 2. drei Exemplare in kopierfähiger Maschinschrift zusammen mit der Mutterkopie und 50 weiteren Kopien in Form von Mikrofiches, CD-ROM oder ähnlichen Datenträgern.
- (3) ¹Wenn die Dissertation ungekürzt in einer Zeitschrift veröffentlicht wird oder ein gewerblicher Verleger die Verbreitung der ungekürzten Dissertation über den Buchhandel übernimmt, kann der Bewerber anstelle der in Abs. 2 genannten Pflichtexemplare fünf Exemplare der Veröffentlichung mit beigefügtem Lebenslauf abliefern. ²In diesen Fällen muss eine Mindestauflage von 150 Exemplaren nachgewiesen werden; ferner muss an geeigneter Stelle die Veröffentlichung als Dissertation unter Angabe des Dissertationsortes deutlich ausgewiesen sein.
- (4) Mit der Ablieferung der Pflichtexemplare hat der Bewerber eine schriftliche Erklärung darüber abzugeben, dass die Pflichtexemplare inhaltlich mit der Fassung übereinstimmen, für die die Vervielfältigungsgenehmigung erteilt wurde.
- (5) In den Fällen des Abs. 2 muss der Bewerber der Universität das Recht übertragen, weitere Kopien von seiner Dissertation herzustellen und zu verbreiten.

- (6) Der Prüfungsausschuss kann die Frist zur Ablieferung der Pflichtexemplare auf Antrag des Bewerbers verlängern.
- (7) Versäumt der Bewerber die Frist zur Ablieferung der Pflichtexemplare, so erlöschen alle durch den erfolgreichen Abschluss des Prüfungsverfahrens erworbenen Rechte; § 37 Abs. 3 Satz 3 gilt entsprechend.

§ 46

Urkunde und Vollzug der Promotion

- (1) Sind die in § 45 genannten Voraussetzungen erfüllt, erhält der Bewerber eine Urkunde über die bestandene Doktorprüfung.
- (2) ¹Die Urkunde enthält den Titel und die Note der Dissertation sowie das Gesamtprädikat der Dissertation. ²Sie wird vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses, vom Dekan der Kulturwissenschaftlichen Fakultät und vom Präsidenten der Universität Bayreuth unter dem Datum des Tages der letzten Prüfungsleistung unterzeichnet.
- (3) ¹Die Urkunde wird vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses ausgehändigt. ²Mit der Aushändigung ist die Promotion vollzogen; dadurch erhält der Bewerber das Recht, den akademischen Grad eines Doktors der Philosophie (Dr. phil.) zu führen.
- (4) ¹Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann gestatten, dass der Bewerber den Doktorgrad befristet bereits vor der Aushändigung der Urkunde führt, wenn der Bewerber die in § 45 genannten Voraussetzungen erfüllt hat, die Aushändigung der Urkunde sich jedoch verzögert oder wenn die Veröffentlichung der Dissertation und die Ablieferung der Pflichtexemplare durch eine verbindliche Erklärung des Verlags ausreichend gesichert sind. ²Erfolgt die Veröffentlichung binnen anderthalb Jahren nicht, so erlischt das vorläufige Recht, den Doktorgrad zu führen.

§ 47

Ehrenpromotion

- (1) ¹Für außerordentliche wissenschaftliche oder künstlerische Leistungen kann die Graduate School die Verleihung des Ehrendoktorgrades beantragen. ²Das Ehrenpromotionsverfahren wird auf den begründeten Antrag von mindestens einem Drittel der Mitglieder des Kollegiums der Graduate School eingeleitet. ³Der Antrag ist an den Vorsit-

zenden des Prüfungsausschusses zu richten. ⁴Er beruft zur Beschlussfassung das Kollegium der Graduate School ein.

- (2) ¹Das Kollegium der Graduate School bestellt mindestens zwei Professoren zur Begutachtung der außerordentlichen wissenschaftlichen oder künstlerischen Leistungen, die die zu ehrende Persönlichkeit erbracht hat. ²Wenn die Gutachten vorliegen, legt es diese zusammen mit dem Antrag und einer eigenen Stellungnahme dem Fachbereichsrat der Kulturwissenschaftlichen Fakultät vor.
- (3) Der Fachbereichsrat beschließt unter Würdigung des Antrages, der Gutachten und der Stellungnahme des Kollegiums der Graduate School über die Verleihung des Ehrendoktorgrades.
- (4) ¹Präsident, Dekan und Vorsitzender des Prüfungsausschusses vollziehen die Verleihung des Ehrendoktorgrades durch Überreichung einer Urkunde an die geehrte Persönlichkeit. ²In der Urkunde ist die wissenschaftliche oder künstlerische Leistung zu würdigen.

§ 48 In-Kraft-Treten

¹Diese Prüfungs- und Promotionsordnung tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 2006 in Kraft. ²Sie gilt für Studierende, die sich ab dem Wintersemester 2006/2007 erstmalig in diesen Studiengang einschreiben.*)

*) Die Änderungssatzung beinhaltet folgende In-Kraft-Tretens-Regelung:

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Anhang zur Prüfungs- und Promotionsordnung für den Master-/

Promotionsstudiengang der Graduate School "Mitteleuropa und angelsächsische Welt - 1300-2000 - Central Europe and the English-Speaking World"

Teil I: Das Masterstudium

Modul	LP	Veranst.	Inhalt	Themenfelder	Zeiträume	Teilfachgruppen
Schwerpunktbereich I: Geschichte:						
G 1-3	30	3 Hauptseminare	aus wenigstens 2 Themenfeldern und 2 Zeiträumen	1. Beziehungen 2. Kulturtransfer 3. Perzeption 4. Vergleich	1. Bis 1600 2. 1600 – 1850 3. 1850 bis heute	
G 4	6	Methodenseminar	Geschichtswissenschaftliche Propädeutik			
G 5-8*	8	4 Fachkolloquia	Geschichte als Wissenschaft			
G 9-11	6	3 Quellenübersetzungskurse	aus 3 Zeiträumen			
Schwerpunktbereich II: Literaturen und Regionen						
L 1-3	12	3 Übungen	aus wenigstens 2 Themenfeldern und 3 Teilfachgruppen	1. Beziehungen 2. Kulturtransfer 3. Perzeption 4. Vergleich		1. Gruppe: Ältere Germanistik, Neuere dt. Literaturwiss. 2. Gruppe: Amerikanische Kulturstudien, Anglistik 3. Gruppe: Soziolog. Amerikaforschung, Geschichte Afrikas, Romanistik
M 1	30	Masterarbeit				
Ergänzungsbereich I: Allgemeiner Studienbereich						
A 1	4	Transdisziplinäres Modul (1)	Allgemeine Wissenschaftslehre			
A 2	4	Transdisziplinäres Modul (2)	Soziale, politische, ökonomische Ordnungen			
A 3-4	4	2 Sprachkurse/Vertiefung	Sprachen- und Lektürettraining			
Ergänzungsbereich II: Berufsqualifizierung/Workshop						
B 1*	8	Berufsqualifizierung	Workshop "Wissenschaft organisieren"			
			alternativ: Workshop "Wissenschaft präsentieren"			
			alternativ: Workshop "Wissenschaft lektorieren"			
			alternativ: 4 Wochen fachlich einschlägiges Praktikum im englischsprachig. Ausland			
Ergänzungsbereich III: Tagung/Summer School						
T 1*	4	Tagung	Jahrestagung der Prinz-Albert-Gesellschaft			
		alternativ:	fachlich einschlägige Tagung			
T 2*	4	Summer School	Studentenseminar der Prinz-Albert-Gesellschaft			
		alternativ:	fachlich einschlägige Summer School			

	120				
--	------------	--	--	--	--

Teil II: Das Promotionsstudium

Modul	LP	Veranst.	Inhalt			
I 1-4	8	4 Kolloquien	Interdisziplinäres Kolloquium			
T 3-4	4	2 Tagungen	Jahrestagungen der Prinz-Albert-Gesellschaft			
		alternativ:	fachlich einschlägige Tagungen			
T 5-6	8	2 Summer Schools	Studentenseminare der Prinz-Albert-Gesellschaft			
		alternativ:	fachlich einschlägige Summer Schools			
	20					

* Die Ergebnisse der gekennzeichneten Module gehen nicht in die Prüfungsgesamtnote ein.